



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Kreisausschuss

---

Es informiert Sie:	Charlotte Delahaye
Telefon:	02104/99-1224
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	<a href="mailto:charlotte.delahaye@kreis-mettmann.de">charlotte.delahaye@kreis-mettmann.de</a>

Mettmann, den 06.01.2016

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 10.12.2015, 15:04 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Thomas Hendele

#### **Mitglieder**

Wolfgang Diedrich

Detlef Ehlert

Ursula Greve-Tegeler

Brigitte Hagling

Dr. Bernhard Ibold

Martina Köster-Flashar

Manfred Krick

Ilona Küchler

Waldemar Madeia

Klaus Müller

Dieter Roeloffs

Manfred Schulte

Udo Switalski

Elke Thiele

Ewald Vielhaus

Klaus-Dieter Völker

#### **Verwaltung**

Denise Brauer

Lothar Breitsprecher

Anja Büttner

Charlotte Delahaye

Ulrike Haase

Susanne Hahner  
Nils Hanheide  
Denis Heimann  
Daniela Hitzemann  
Jasmin Jaeger  
Thomas Jarzombek  
Geertje Jeschke  
Ludger Jokiel  
Martin Klemmer  
Lisa Remus  
Martin M. Richter  
Martin Schlüter  
Christian Schölzel  
Maxine Stief

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
  - 1.1. Eröffnung der Sitzung
  - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
  - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
  - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
  - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Informationen der Verwaltung
3. Entwicklung der Kosten der Unterkunft im Rechtskreis SGB II 50/049/2015
4. Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2016 des Kreises Mettmann 20/048/2015  
Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte zum Haushaltsentwurf 2016
5. Stellenplan 2016 10/037/2015/1
6. Personalkostenbewirtschaftung 01/018/2015/1  
- Budgetentwicklung 2011 - 2016
7. Haushalt 2016 20/047/2015
  1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2016
    - a) Gesamtergebnisplan
    - b) Gesamtfinanzplan
  2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2016
8. Nachträge

## **Nicht öffentlicher Teil**

9. Informationen der Verwaltung
10. Nachträge

## **Öffentlicher Teil**

### **Zu Punkt 1: Formalien**

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Anschließend stellt er die Anwesenheit (KA Schnitzler und KA Gräber fehlen entschuldigt) und die Beschlussfähigkeit fest.

Landrat Hendele weist daraufhin, dass an den Plätzen

- die Veränderungsanträge der SPD-Fraktion (Anlage 1)
- der Antrag der FDP-Fraktion zur Personalkostenbewirtschaftung (Anlage 2)
- die Veränderungsanträge der Fraktionen und der Verwaltung zum Haushalt 2016 (Anlage 3)
- die Sitzungstermine 2016 (Anlage 4)

ausliegen.

### **Zu Punkt 2: Informationen der Verwaltung**

#### **Versendung der Unterlagen für die beiden Sitzungen des Kreisausschusses zum Haushalt**

Landrat Hendele erläutert das System zur Versendung der Unterlagen für die beiden Sitzungen des Kreisausschusses zum Haushalt. Er weist darauf hin, dass die Tagesordnung und Unterlagen für beide Sitzungen komplett identisch seien. Bisher werden für beide Sitzungen die Unterlagen separat versendet. Er schlägt vor, ab nächstem Jahr für die zweite Sitzung nur noch die Einladung fristwahrend zu versenden. Die Unterlagen für die zweite Sitzung, falls sie stattfinden würde, hätten bereits alle Kreisausschussmitglieder durch Versand der Unterlagen für die vorherige Kreisausschusssitzung. Parallel könnte ein Hinweis an die Ausschussmitglieder erteilt werden, die Unterlagen für den Ersatztermin aufzubewahren.

Die Mitglieder des Kreisausschusses befürworten solch ein Verfahren.

### **Zu Punkt 3: Entwicklung der Kosten der Unterkunft im Rechtskreis SGB II - Vorlage Nr. 50/049/2015**

Herr Richter erläutert zu Beginn der Abstimmung die Hintergründe der Vorlage. Er weist insbesondere darauf hin, dass bereits bei Einbringung des Haushaltes und in der Sitzung des Sozialausschusses am 12.11.2015 seitens der Verwaltung angekündigt worden sei, dass die Entwicklung des Zugangs anerkannter Flüchtlinge in den Rechtskreis SGB II im Monat November abgewartet werden musste, um eine valide Grundlage der Kalkulation der Kosten der Unterkunft zu erhalten. Gewandt an die Fraktion DIE LINKE. erläutert Herr Richter, dass die Kalkulation der laufenden Kosten der Unterkunft und Heizung für Kunden des Jobcenters für

den Haushaltsentwurf 2016 darauf basiere, dass Bedarfsgemeinschaften mit einem durchschnittlichen Bedarf von 424 € zu versorgen seien. Allerdings sei nicht auszuschließen, dass der durchschnittliche Bedarf am Ende höher als 424 € ausfalle. Nach Auswertung der angewandten Berechnungsmethoden solle es aber zunächst bei den 424 € bleiben.

Herr Richter erläutert, dass bei der Festlegung des Kostenansatzes berücksichtigt worden sei, dass der Anteil Alleinstehender bei anerkannten Flüchtlingen gegenüber dem bisherigen Kundenbestand im Jobcenter höher sei.

Hinsichtlich der Erhöhung des Ansatzes der laufenden Kosten der Unterkunft erläutert Herr Richter, dass sich die Summe aufgrund der gegebenen Umstände bloß kalkulieren lasse. Bei der Festlegung des Ansatzes sei durchaus berücksichtigt worden, keinen Nachtrag im Frühjahr 2016 stellen zu müssen.

KA Kuchler weist darauf hin, dass sich der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf die Höhe des Wohngeldes beziehe.

KA Schulte bemängelt eine Leistungszahlung auf Grundlage des Systems des SGB II. Zum Zeitpunkt des Gesetzentwurfes seien die Problematiken einer Flüchtlingszuwanderung dem Gesetzgeber nicht bekannt gewesen, sodass eine anders gestaltete Gesetzesgrundlage dringend von Nöten sei.

KA Dr. Ibold schließt sich den Äußerungen des KA Schulte an. Er weist darauf hin, dass sich der Bund an den Kosten der Unterkunft höher zu beteiligen habe.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass bereits der Landkreistag auf die Koalitionsfraktionen des Bundestages zugegangen sei, um mehr finanzielle Unterstützung zu fordern. Diese Anfrage sei auf wenig Begeisterung und Verständnis gestoßen.

KA Völker teilt mit, dass er grundsätzlich dem Vorlagenbeschluss zustimme. Allerdings habe er Bedenken hinsichtlich des Wortlauts, welcher sich nur auf „anerkannte“ Flüchtlinge beziehe. Schließlich bemängelt er, dass die Flüchtlingsproblematik auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen werde.

In diesem Zusammenhang zitiert Landrat Hendele ein Urteil des Bundessozialgerichts vom 03.12.2015. Hier habe das Sozialgericht beschlossen, dass einem EU-Ausländer in Deutschland nach sechs Monaten Aufenthalt ein Anspruch auf Sozialhilfe zustehe.

Eingehend auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes betont KA Schulte, dass es in der Hand des Bundesgesetzgebers liege, die Anspruchsgrundlage zu ändern.

Es wird abgestimmt über folgenden

#### **Beschluss:**

1. Der Ansatz 2016 für die laufenden Kosten der Unterkunft im Produkt 05.03.01 wird auf 108.000.000 € angehoben.
2. Die Bundesbeteiligung für die Kosten der Unterkunft erhöht sich auf 37.234.450 €.
3. Die mittelfristige Finanzplanung wird entsprechend angepasst.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 4:</b>	<b>Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2016 des Kreises Mettmann Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte zum Haushaltsentwurf 2016 - Vorlage Nr. 20/048/2015</b>
--------------------	---

Vor Einstieg in die Beratungen zu TOP 4 weist Landrat Hendele auf eine aktuelle Stellungnahme der Stadt Velbert zum Kreishaushalt 2016 hin. Darin bezieht sich die Stadt auf das Schreiben des Landrates zum Haushaltsplan vom 02.12.2015.

Landrat Hendele erklärt, dass er aufgrund der Kürze der Zeit noch nicht die Gelegenheit gehabt habe, die Stellungnahme der Stadt Velbert inhaltlich zu überprüfen. Er sichert zu, dass die Verwaltung die Stellungnahme im Haushaltsverfahren berücksichtigen werde. In der kommenden Kreistagssitzung fände sich darüber hinaus noch die Gelegenheit, über die Stellungnahme zu sprechen.

KA Schulte regt an, eine Befristung zur Einreichung von Stellungnahmen festzulegen.

KA Völker erwidert hierzu, dass es das Recht der kreisangehörigen Städte sei, auf das Handeln des Kreises zu reagieren. Zu seiner Freude stellt er fest, dass die Sachlichkeit der Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte im Laufe des Benehmensverfahrens zugenommen hätten.

KA Schulte äußert sich zur Ziffer 5.1 „Ausgleichsrücklage und Allgemeine Rücklage“ der Synopse. Er erklärt, dass sich die SPD-Fraktion hier enthalten wolle. Vor dem Hintergrund, dass die SPD-Fraktion das Erreichen einer Schuldenfreiheit nicht als vorrangiges Ziel erachtet, sehe er hier die Möglichkeit, die Kreisumlage nicht zu erhöhen. Der Erhalt des Eigenkapitals bleibe hiervon unberührt.

KA Völker merkt an, dass er keine andere (günstigere) Alternative sehe.

KA Köster-Flashar widerspricht dem Vortrag vom KA Schulte. Sie warnt ausdrücklich vor einer Verschuldung des Kreises.

KA Müller befürwortet das Ziel der Schuldenfreiheit.

Im Zusammenhang mit der Benehmensherstellung zitiert Landrat Hendele einen Artikel aus der Rheinischen Post vom 10.12.2015. Die Stimmen der Wülfrather Kritiker des Kreisumlagesystems würden immer lauter. Im Artikel heißt es, dass sich der Kreis einen „Speckgürtel“ mit Hilfe der Umlage aufgebaut habe. Rückzahlungen an die kreisangehörigen Städte über Ausgleichsrücklagen seien nie getätigt worden.

Landrat Hendele weist die Anschuldigungen ausdrücklich zurück. Er erklärt, dass in der Vergangenheit Überschüsse stets an die kreisangehörigen Städten weitergereicht worden seien.

Hinsichtlich der Beratung erklärt Landrat Hendele, dass über die einzelnen Ziffern der Synopse abgestimmt werde. Es folgt die Beratung über folgenden

### **Beschluss:**

A) Der Kreistag nimmt im Rahmen der Benehmensherstellung von den vorgebrachten Punkten die allgemeinen Fragen und Ausführungen zu 3., 4.1, 4.2, 4.3, 7, 8.1, 8.2, 8.3, 9.1 und 9.2 der erstellten Verwaltungssynopse (Anlage 3) zur Kenntnis.

Ziffern 3., 4.1, 4.2, 4.3, 7, 8.1, 8.2, 8.3, 9.1 und 9.2 werden zur Kenntnis genommen.

B) Der Kreistag des Kreises Mettmann beschließt im Rahmen der Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2016 bezogen auf die Ziffern 1, 2, 5.1, 5.2, 6, 10 und 11 der erstellten Verwaltungssynopse (Anlage 3) Folgendes:

**1. Erkenntnisse aus der Haushaltssperre:**

Sofern sich im Rahmen der Haushaltsberatungen im Ergebnisplan Verbesserungen ergeben, werden diese zur Senkung der Kreisumlage eingesetzt. Die am 17.12.2015 zu verabschiedende Haushaltssatzung bildet alle Veränderungsmöglichkeiten und –bedarfe ab.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.**

bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

**2. Konsolidierungsziele der Finanzstrukturkommission:**

Die Änderungen, die sich in den Haushaltsplanberatungen ergeben haben werden umgesetzt. Darüber hinaus werden keine pauschalen Kürzungen vorgenommen. Für das Jahr 2016 wird wieder ein Personalkostenbudget vorgegeben.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.**

**5.1 und 5.2 Ausgleichsrücklage und Allgemeine Rücklage:**

Der Eigenkapitalerhalt sowie die Schuldenfreiheit stellen die Eckpfeiler der Haushaltswirtschaft des Kreises dar, so dass der Forderung der Städte zu einem weiteren Eigenkapitalverzehr unter Berücksichtigung der dadurch verringerten Einnahmesituation (Liquidität) nicht gefolgt werden kann.

Ziffer 5.1:

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen.**

7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion

4 Enthaltungen SPD-Fraktion

2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1 Ja-Stimme FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Ziffer 5.2:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.**

Bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

**6. Verzicht auf die Einplanung von Einzelwertberichtigung:**

Dem Interesse der Städte Rechnung tragend, werden zunächst nur 0,2 Mio. € anstatt der ursprünglich geplanten 1 Mio. € Einzelwertberichtigung berücksichtigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.**

**10. Förderschulfinanzierung:**

Alle Förderschulzentren werden ab dem Schuljahr 2016/2017 über den Kreishaushalt finanziert.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.**

**11. Modellprojekt A-F-L:**

Das Modellprojekt A-F-L wird über den Kreishaushalt finanziert.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.**

<b>Zu Punkt 5: Stellenplan 2016 - Vorlage Nr. 10/037/2015/1</b>
---

Zu Beginn der Beratungen erläutert Landrat Hendele, dass zum Zeitpunkt der Entwurfseinbringung eine konkrete Entwicklung in den Bereichen der Ausländerbehörde, des Gesundheitsamtes und des Sozialamtes noch nicht absehbar gewesen seien. Die aktualisierte Vorlage zum Stellenplan sei neben der Vorlage zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft im Rechtskreis SGB II den kreisangehörigen Städten und den Mitgliedern der Interfraktionellen Runde am 02.12.2015 zugesandt worden.

KA Schulte erläutert, dass die Anträge der SPD-Fraktion auf die Produktbereiche Einfluss nehmen, die die gravierendsten Kostenauswirkungen im Haushalt hätten. Hintergedanke der SPD-Fraktion sei, durch mehr Personal u.a. das Arbeitsverfahren in den Ausgabebereichen zu optimieren und damit Kosten zu sparen. Es gehe der SPD-Fraktion dabei nicht um die Wegnahme rechtmäßiger Leistungen, sondern vielmehr um eine verbesserte Bearbeitungspraxis.

KA Völker meldet daraufhin Beratungsbedarf an.

Landrat Hendele weist die Mitglieder des Kreisausschusses auf die Dringlichkeit der Beschlussfassung hinsichtlich des Stellenplans hin.

KA Völker schlägt vor, zwei Beschlussvorschläge zum Stellenplan von der Verwaltung vorbereiten zu lassen. In der Sitzung des Kreistages könne sodann über die Alternative unter Berücksichtigung der Anträge der SPD-Fraktion und die Alternative ohne Berücksichtigung der Anträge der SPD-Fraktion abgestimmt werden.

KA Müller warnt davor, dass die Installation weiterer Stellen ein falsches Signal an die kreisangehörigen Städte abgeben könnte.

KA Küchler erklärt, es sei ihr wichtig, eine qualitativ gute Betreuung anbieten zu können - allerdings ohne Mehrbelastung für die Mitarbeiter. Sie fragt, ob die Bereiche, die von den Anträgen der SPD-Fraktion tangiert sind, bislang unbesetzt seien.

Herr Richter gibt hierzu an, dass in jedem Bereich des Hauses unbesetzte Stellen existieren. In diesen konkreten Bereichen sei es nicht anders.

Bezugnehmend auf den Stellenplan fragt KA Schulte, warum sich die Zahl der Auszubildenden im Jahr 2016 von 4 auf 5 Stellen erhöhen werde.

Herr Jokiel antwortet, dass die zusätzliche Stelle als Ausbildungsplatz zum Hygienekontrolleur geplant sei.

Der Kreisausschuss einigt sich darauf, über den Stellenplan zunächst als „Mindeststellenplan“ abzustimmen ohne Berücksichtigung der Anträge der SPD-Fraktion. Die Verwaltung wird für den Kreistag einen Beschlussvorschlag vorbereiten mit den beiden Alternativen mit und ohne Berücksichtigung der Anträge der SPD-Fraktion.

KA Schulte erklärt, dass die SPD-Fraktion sich bei den Abstimmungen zu den Beschlüssen enthalten werde, in denen die gestellten Anträge von Relevanz seien.

Die Abstimmung erfolgt über folgenden

## **Beschluss:**

Der Stellenplan 2016 wird ergänzt um die Bedarfe im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsfolgemanagement mit den Anlagen beschlossen.

## **Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Zu Punkt 6: Personalkostenbewirtschaftung**  
**- Budgetentwicklung 2011 - 2016**  
**- Vorlage Nr. 01/018/2015/1**

KA Müller erläutert die Intention des Antrages der FDP-Fraktion. Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation und deren ungewissen Entwicklungen sei es sinnvoll, eine gesonderte Betrachtung zur Kostenentwicklung und zum erforderlichen Personalmehraufwand im Haushalt (deutlicher) aufzunehmen.

KA Dr. Ibold erklärt, dass aufgrund der besonderen Flüchtlingssituation die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Personaldeckelung mittragen werden.

KA Kuchler erläutert, dass Sie sich bei dieser Beratung enthalte werde; sie habe noch Beratungsbedarf.

KA Völker meldet, dass er keine Einwände gegen den Antrag der FDP-Fraktion habe.

KA Schulte weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion, wie auch in den Vorjahren, bei ihrer grundsätzlich kritischen Haltung bleibt und die Personalkostendeckelung nicht als geeignetes Steuerungsinstrument ansieht. In Bezug auf die aktuelle Flüchtlingssituation mahnt er, andere Politikbereiche nicht zu vernachlässigen und in den Schatten zu stellen.

Unter Berücksichtigung des Antrages der FDP-Fraktion wird wie folgt über folgenden modifizierten Antrag abgestimmt

## **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt in Abänderung des Kreistagbeschlusses vom 18.12.2014 ein Netto-Personalkostenbudget in Höhe von 64,9 Mio. € für das Jahr 2016. Für den aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation erforderlichen Personalmehraufwand wird ein zusätzliches Nettobudget von 0,59 Mio. € bereitgestellt.

## **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
1 Ja-Stimme FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele



**Zu Punkt 7: Haushalt 2016**  
**1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2016**  
a) Gesamtergebnisplan  
b) Gesamtfinanzplan

**2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2016**  
- Vorlage Nr. 20/047/2015

Landrat Hendele erläutert das Beratungsverfahren und erklärt, dass nach den Produktbereichen bzw. einzelnen Produkten aufsteigend die Abstimmungsreihenfolge erfolgt. Grundlage für die Abstimmung bilde die Zusammenstellung aller vorliegenden Veränderungsanträge.

---

**Produkt 01.01.01** **Kreistag, Ausschüsse sowie Fraktionen/Gruppen**

---

**Das Produkt 01.01.01 wird einstimmig angenommen**

---

**Produkt 01.02.01** **Verwaltungsführung und Repräsentation**

---

**Das Produkt 01.02.01 wird einstimmig angenommen**

---

**Produkt 01.02.02** **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

---

**Das Produkt 01.02.02 wird einstimmig angenommen**

---

**Produkt 01.03.01** **Veränderungsantrag UWG-ME**

Nach kritischem Austausch über den weiteren Bestand des Mädchenmerkers in Papierform wird festgehalten, dass der Mädchenmerker in Papierform weiter bestehen soll. Im 2. Schulhalbjahr soll die Verwaltung prüfen, ob der Mädchenmerker weiterhin von den Schülerinnen genutzt wird.

**Das Produkt 01.3.01 wird einstimmig angenommen**  
**Unter Änderung des Antrages: die Ansätze für den Druck des Mädchenmerkers bleiben im HH i.H.v. 3.700 €, die Erträge werden um 1.000 € erhöht.**

---

**Produkt 01.03.01** **Gleichstellungsstelle**

---

**Das Produkt 01.03.01 wird einstimmig angenommen**

---

**Produkt 01.04.01** **Personalrat, Schwerbehindertenvertretung**

---

Das Produkt 01.04.01 wird einstimmig angenommen

Produkt 01.04.02 Kantinen

---

Das Produkt 01.04.02 wird einstimmig angenommen

Produkt 01.05.01 Zentrale Dienste

---

Das Produkt 01.05.01 wird einstimmig angenommen

Produkt 01.06.01 Durchführung gesetz. vorgeschr. und übertragener Prüfungen

---

Das Produkt 01.06.01 wird einstimmig angenommen

Produkt 01.06.03 Durchführung weiterer Aufgaben

---

Das Produkt 01.06.03 wird einstimmig angenommen

Produkt 01.07.01 Personalbetreuung

---

Das Produkt 01.07.01 wird einstimmig angenommen

Produkt 01.07.02 Personalförderung

---

Das Produkt 01.07.02 wird einstimmig angenommen

Produkt 01.07.03 Personalabrechnung

---

Das Produkt 01.07.03 wird einstimmig angenommen

Produkt 01.07.04 Veränderungsantrag d. Verw. Stellenplan

---

Das Produkt 01.07.04 wird einstimmig angenommen

Hinweis: Die Abstimmung erfolgt ohne Berücksichtigung der drei Anträge der SPD-Fraktion zum Stellenplan

**Produkt 01.07.04**

**Allgemeine Personalwirtschaft**

---

**Das Produkt 01.07.04 wird einstimmig angenommen**

**Produkt 01.08.01**

**Organisationsentwicklung**

---

**Das Produkt 01.08.01 wird einstimmig angenommen**

**Produkt 01.09.01**

**Finanzmanagement, Controlling, sonst. Fin.dienstleistungen**

---

**Das Produkt 01.09.01 wird einstimmig angenommen**

**Produkt 01.09.02**

**Finanzbuchhaltung**

---

**Das Produkt 01.09.02 wird einstimmig angenommen**

**Produkt 01.10.01**

**Kommunalaufsicht**

---

**Das Produkt 01.10.01 wird einstimmig angenommen**

**Produkt 01.12.01**

**Verwaltungsbücherei, Amtsblatt**

---

**Das Produkt 01.12.01 wird einstimmig angenommen**

**Produkt 01.15.01**

**Polizeiverwaltung**

---

**Das Produkt 01.15.01 wird einstimmig angenommen**

**Produktbereich 01**

**Innere Verwaltung**

---

**Der Produktbereich 01 wird einstimmig angenommen**

**Produkt 02.03.01**

**Veränderungsantrag d. Verw. Stellenplan**

---

**Das Produkt 02.03.01 wird einstimmig angenommen**

**Produktbereich 02**

**Sicherheit und Ordnung**

---

**Der Produktbereich 02 wird einstimmig angenommen**

**Produktbereich 03**

**Schulträgeraufgaben**

---

**Der Produktbereich 03 wird einstimmig angenommen**

**Produktbereich 04**

**Kultur und Wissenschaft**

---

**Der Produktbereich 04 wird**

**mehrheitlich angenommen**

7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion

2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1 Ja-Stimme FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

**Produkt 05.03.01**

**Veränderungsantrag d. Verw. KdU**

---

**Das Produkt 05.03.01 wird einstimmig angenommen**

**Produkt 05.03.01**

**Veränderungsantrag d. Fraktion DIE LINKE.**

---

**Das Produkt 05.03.01 wird zurückgezogen**

**Produkt 05.03.01**

**Veränderungsantrag d. Verw. Integration Points**

---

**Das Produkt 05.03.01 wird einstimmig angenommen**

**Produkt 05.04.07**

**Veränderungsantrag d. Verw. Stellenplan**

---

**Das Produkt 05.04.07 wird einstimmig angenommen**

**Das Produkt 05.03.01 wird****einstimmig angenommen**

Bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE., 4 Enthaltungen der SPD-Fraktion

**Produktbereich 05****Soziale Leistungen**

---

**Der Produktbereich 05 wird****einstimmig angenommen**

Bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE., 4 Enthaltungen der SPD-Fraktion

**Produktbereich 06****Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

---

**Der Produktbereich 06 wird****einstimmig angenommen****Produkt 07.01.02****Veränderungsantrag d. Verw. Stellenplan**

---

**Das Produkt 07.01.02 wird****einstimmig angenommen****Produkt 07.02.01****Veränderungsantrag d. Verw. Stellenplan**

---

**Das Produkt 07.02.01 wird****einstimmig angenommen****Produktbereich 07****Gesundheitsdienste**

---

**Der Produktbereich 07 wird****einstimmig angenommen****Produktbereich 08.01.01****Veränderungsantrag d. FDP-Fraktion**

---

KA Müller erklärt zu Beginn der Beratungen die Hintergründe des Antrages der FDP-Fraktion. Er betont, dass der Antrag aufgrund der bislang geringen Teilnehmerzahl an dem Projekt Neanderland-Cup gestellt worden sei. Die Sportförderung an sich solle damit nicht zu kurz treten.

Nach Einwendungen der KA Köster-Flashar, KA Kückler und KA Völker zieht KA Müller den Antrag zurück.

**Das Produkt 08.01.01 wird****zurückgezogen**

**Produkt 08.01.01**

**Sportförderung**

---

**Das Produkt 08.01.01 wird**

**einstimmig angenommen**

**Produktbereich 08**

**Sportförderung**

---

**Der Produktbereich 08 wird**

**einstimmig angenommen**

**Produktbereich 09**

**Räumliche Planung u. Entw., Geoinformation**

---

**Der Produktbereich 09 wird**

**mehrheitlich angenommen**

7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion

4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion

2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1 Ja-Stimme FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME

1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

**Produktbereich 10**

**Bauen und Wohnen**

---

**Der Produktbereich 10 wird**

**mehrheitlich angenommen**

7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion

4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion

2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1 Ja-Stimme FDP-Fraktion

1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

**Produktbereich 11**

**Ver- und Entsorgung**

---

**Der Produktbereich 11 wird**

**einstimmig angenommen**

**Produkt 12.02.01**

**Haushaltssatzung**

---

**Das Produkt 12.02.01 wird**

**zur Kenntnis genommen**

**Produktbereich 12**

**Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV**

---

**Der Produktbereich 12 wird**

**einstimmig angenommen**

---

KA Idold äußert Bedenken hinsichtlich des Antrages auf Verzicht auf die Auslobung eines Umweltpreises. Er erklärt, dass diese Handlung als ein öffentlichkeitswirksames falsches Zeichen verstanden werden könnte.

**Das Produkt 13.02.01 wird** **mehrheitlich angenommen**  
7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
1 Ja-Stimme FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

**Produktbereich 13****Natur- und Landschaftspflege**

---

**Der Produktbereich 13 wird** **mehrheitlich angenommen**  
7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
1 Ja-Stimme FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

**Produktbereich 14****Umweltschutz**

---

**Der Produktbereich 14 wird** **einstimmig angenommen**

**Produkt 15.02.01****Beteiligungsverwaltung**

---

**Das Produkt 15.02.01 wird** **einstimmig angenommen**

**Produkt 15.04.01****Veränderungsantrag d. Verw. Neanderland ORIGINAL**

---

Landrat Hendele erläutert den Stand des Wettbewerbsverfahrens.  
KA Köster-Flashar begrüßt das Projekt und betont, dass es zum Vorantreiben der Identifikationsmarke Neanderland von großer Relevanz sei.

**Das Produkt 15.04.01 wird** **einstimmig angenommen**

---

**Der Produktbereich 15 wird** **mehrheitlich angenommen**  
7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion  
1 Ja-Stimmen SPD-Fraktion  
3 Nein-Stimmen SPD-Fraktion  
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
1 Ja-Stimme FDP-Fraktion  
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME  
1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.  
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

---

**Produktbereich 17****Stiftungen**

---

**Der Produktbereich 17 wird** **einstimmig angenommen**

---

**Produkt 16.01.01** **Veränderungsantrag Landschaftsumlage**

---

**Das Produkt 16.01.01 wird** **einstimmig angenommen**

---

**Produkt 16.01.01** **Veränderungsantrag Kreisumlage**

---

**Das Produkt 16.01.01 wird** **einstimmig angenommen**  
Bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

---

**Produkt 16.01.01** **Steuern, all. Umlagen, allg. Zuweisungen**

---

**Das Produkt 16.01.01 wird** **einstimmig angenommen**  
Bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

---

**Produkt 16.01.02** **sonstige allg. Finanzwirtschaft**

---

**Das Produkt 16.01.02 wird** **einstimmig angenommen**

---

**Produktbereich 16** **sonstige allg. Finanzwirtschaft**

---

**Der Produktbereich 16 wird** **einstimmig angenommen**  
Bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.



Es folgt die Abstimmung über folgenden

**Beschluss:**

- 1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2016**
  - a) Gesamtergebnisplan**
  - b) Gesamtfinanzplan**

Die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beschlossenen Ansatzänderungen der Produkte und Produktbereiche werden in den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2016 übernommen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Bei 4 Enthaltungen der SPD-Fraktion, 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

**2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2016**

Aufgrund der §§ 53 ff der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 646), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der politischen Partizipation in den Gemeinden und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften vom 19. 12. 2013 (GV. NRW. S. 878) und der §§ 77 ff der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabschlüsse und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 25.06. 2015 (GV. NRW. S. 496) hat der Kreistag des Kreises Mettmann am \_\_\_\_\_ folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Mettmann voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	
Gesamtbetrag der Erträge auf	556.509.900 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	556.509.900 EUR
im Finanzplan mit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	550.217.850 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	549.333.950 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	5.654.200 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf festgesetzt.	14.233.650 EUR

## § 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

0 EUR

festgesetzt.

## § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

31.508.500 EUR

festgesetzt.

## § 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf

0 EUR

und die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf

0 EUR

festgesetzt.

## § 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

60.000.000 EUR

festgesetzt.

## § 6

a) Zur Deckung des durch sonstige Erträge nicht gedeckten Finanzbedarfs wird von den Gemeinden gemäß § 56 Abs. 1 und 2 KrO NRW eine Kreisumlage erhoben. Der Umlagesatz der Gemeinden wird für das Haushaltsjahr 2016 auf 36,5 v. H. der jeweils für 2016 geltenden Bemessungsgrundlagen festgesetzt. Die Kreisumlage ist zu jeweils  $\frac{1}{4}$  der Jahreszahllast am 25. Februar, 25. Mai, 25. August und 25. November des Jahres 2016 fällig.

b) Mit den Aufwendungen der Berufskollegs des Kreises Mettmann werden gemäß § 56 Abs. 4 KrO NRW die beteiligten Städte auf der Grundlage der Schülerzahlen nach dem Stand vom 15.10.2014 für das Haushaltsjahr 2016 wie folgt belastet:

		*
Stadt Erkrath	562.250 €	0,92 %
Stadt Haan	490.100 €	1,02 %
Stadt Heiligenhaus	591.600 €	1,80 %
Stadt Hilden	1.135.100 €	1,35 %
Stadt Langenfeld	551.550 €	0,51 %
Stadt Mettmann	803.950 €	1,71 %
Stadt Monheim a. R.	339.200 €	0,10 %
Stadt Ratingen	1.619.850 €	1,00 %
Stadt Velbert	2.009.800 €	1,80 %
Stadt Wülfrath	458.100 €	1,75 %
	8.561.500 €	

\* = %-Anteil an den Umlagegrundlagen der jeweiligen Gemeinde nach der Arbeitskreis-Rechnung GFG

Die Mehrbelastung für die Berufskollegs ist in Teilbeträgen jeweils am 01. April und 01. Oktober des Jahres 2016 fällig.

- c) Die Umlage des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr wird gemäß § 56 Abs. 6 KrO NRW nach den Buskilometer-Leistungen auf die betroffenen Städte, unter Berücksichtigung des sich aus der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH (KVGGM) ergebenden finanziellen Vorteils, umgelegt. Die Belastung im Haushaltsjahr 2016 verteilt sich wie folgt:

		*
Stadt Erkrath	1.137.300 €	1,86 %
Stadt Haan	791.300 €	1,64 %
Stadt Heiligenhaus	530.800 €	1,62 %
Stadt Hilden	1.022.450 €	1,22 %
Stadt Langenfeld	871.100 €	0,81 %
Stadt Mettmann	1.147.200 €	2,44 %
Stadt Ratingen	2.884.900 €	1,78 %
Stadt Velbert	1.440.150 €	1,29 %
Stadt Wülfrath	504.900 €	1,92 %
	10.330.100 €	

\* = %-Anteil an den Umlagegrundlagen der jeweiligen Gemeinde nach der Arbeitskreis-Rechnung GFG

Die Umlage des Zweckverbandes VRR setzt sich aus der allgemeinen Verbandsumlage, der BVR- und der SPNV-Umlage, dem Zahlungsausgleich aus der jeweiligen Ergebnisrechnung sowie dem Eigenaufwand der VRR AöR und dem des Zweckverbandes VRR zusammen.

Die Fälligkeit der Umlage orientiert sich an den in der Haushaltssatzung des Zweckverbandes VRR festgesetzten Zahlungszeitpunkten.

Der Zahlungszeitpunkt der Zinsen, die sich aus dem Differenzbetrag zwischen Soll-Umlage und Ist-Umlage des Zweckverbandes VRR ergeben, orientiert sich an der gesonderten Festsetzung des Zweckverbandes. Zinsen, die der Zweckverband für nicht fristgerecht eingegangene Umlagenbeiträge erhebt, werden ebenfalls gesondert vom Verursacher abgefordert.

Erfolgt die Wertstellung nicht am Fälligkeitstag, können für die ausstehenden Beträge bei allen drei Umlagearten gemäß §§ 247, 288 BGB Verzugszinsen in Höhe von 2 % über dem Basiszinssatz erhoben werden.

## § 7

- a) Bei den im Stellenplan als "künftig umzuwandeln" (ku-Vermerk) bezeichneten Planstellen sind die Tätigkeitsmerkmale des TVöD bzw. die funktionsgerechte Bewertung der Beamtenstelle zu beachten; die im Stellenplan mit "künftig wegfallend" (kw-Vermerk) bezeichneten Planstellen entfallen bei Freiwerden der Planstelle.
- b) Die an den Landschaftsverband zu entrichtende Umlage beträgt für 2016 16,75 v. H. der maßgeblichen Bemessungsgrundlagen.

### **Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Bei 4 Enthaltungen der SPD-Fraktion, 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

<b>Zu Punkt 8: Nachträge</b>
------------------------------

- Entfällt -

### **Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung: 17:03 Uhr**

gez.  
**Thomas Hendele**

gez.  
**Charlotte Delahaye**